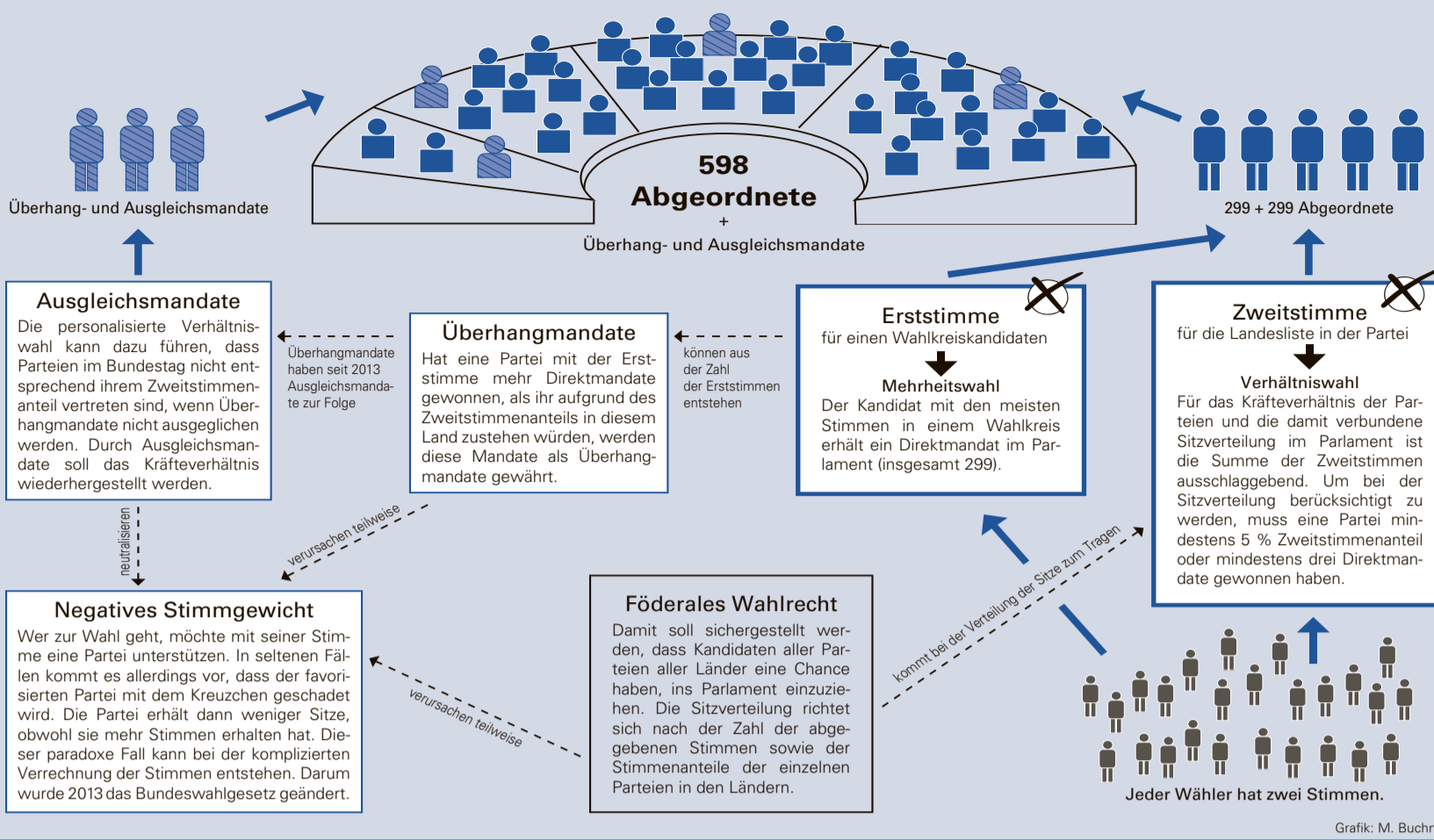


# WAHL DES BUNDESTAGES



## Wenn der Wählerwille auf der Strecke bleibt

### Bundestahlgesetz geändert – Berechnung der Sitzverteilung ist sehr kompliziert

Von Renate Silberbauer

**Landshut/Regensburg.** Wer seine bevorzugte Partei bei der Bundestagswahl unterstützen möchte, gibt ihr seine Stimme. Je mehr Kreuzchen eine Partei bekommt, desto mehr Sitze gibt es – so die landläufige Meinung. Ganz so einfach ist es allerdings nicht: Bei der Bundestagswahl gibt es den paradoxen Fall, dass eine Partei weniger Sitze bekommt, obwohl sie mehr Stimmen erhalten hat. Klingt verwirrend? Ist es auch. Dass der Wählerwille dabei auf der Strecke bleibt, versteht sich von selbst. Darum wurde 2013 das Bundeswahlgesetz geändert.

Die Krux am Bundeswahlssystem ist der Effekt des „negativen Stimmgewichts“. Davon wird unter anderem gesprochen, wenn eine Partei weniger Sitze erhält, obwohl

sie mehr Zweitstimmen gesammelt hat. Dieses Szenario ist sehr theoretisch und tritt im Grunde dann auf, wenn Überhangmandate und die Verrechnung der Stimmen zwischen den Landeslisten zusammentreffen.

Darum hat sich schon vor einiger Zeit das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet und moniert, dass in diesem speziellen Fall der Wählerwille nicht berücksichtigt wird. Daraufhin war ein Teil des Bundeswahlgesetzes geändert worden und am 9. Mai in Kraft getreten.

#### Neu sind ab September Ausgleichsmandate

Für die Wähler hat sich nichts geändert. Sie müssen weiterhin zwei Stimmen abgeben – die Erststimme und die Zweitstimme. Neu sind Ausgleichsmandate. Sie sollen bei der Verrechnung der Stimmen dafür sorgen, dass die proportionale Sitz-

verteilung entsprechend des Zweitstimmenanteils bestehen bleibt. Im Grunde heißt das, dass Überhangmandate für die eine Partei Ausgleichsmandate für die anderen Parteien zur Folge haben. Das neue Wahlrecht gleicht also die Überhangmandate aus und neutralisiert das negative Stimmgewicht.

Durch Ausgleichsmandate könnte sich die Zahl der Mandatsträger stark erhöhen. Wäre das Bundeswahlgesetz schon zur Wahl 2009 geändert worden, hätte es zu den 24 Überhangmandaten (21 für die CDU, drei für die CSU) zusätzlich 49 Ausgleichsmandate für alle anderen Parteien gegeben.



Experten rechnen damit, dass nach der Bundestagswahl im September rund 650 Parlamentarier in Berlin sitzen werden. Bis dato gibt es 622 Abgeordnete. Die meisten Mandatsträger gab es bisher von 1994 bis 1998 mit 672 Bundestagsmitgliedern.

Seit 1949 gab es bundesweit 97 Überhangmandate. Nur drei davon entfielen auf Bayern – alle für die CSU bei der Bundestagswahl 2009. Bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990 fielen Überhangmandate nicht sonderlich ins Gewicht. Bei elf Wahlen gab es nur 17 Überhangmandate. Von 1990 bis 2009 waren es 80 zusätzliche Mandate.

#### Stimmensplitting und weniger Zweitstimmen

Ursächlich dafür ist der gesunkene Zweitstimmenanteil der beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU. Sie können zwar nach wie vor viele Direktmandate gewinnen, allerdings fehlt ihnen oft der nötige Zweitstimmenanteil, der für die Zahl der Sitze zuständig ist. Verstärkt wird dieser Effekt durch das Stimmensplitting: Die Erststimme wird einer großen Partei gegeben, die Zweitstimme einer kleineren. Darum mussten in der Vergangenheit immer öfter Überhangmandate gewährt werden.

Geht es nach dem Ausscheiden eines Bundestagsabgeordneten während einer Amtsperiode um die Listennachfolge, musste ebenfalls ein Blick auf die Überhangmandate geworfen werden. Als Karl-Theodor zu Guttenberg 2011 sein Mandat niedergelegt hatte, gab es aufgrund der drei CSU-Überhangmandate keinen Nachfolger für ihn, weil Überhangmandate nicht wieder besetzt werden.

Für den verstorbenen Bundestagsabgeordneten Max Stadler aus Passau gab es einen Listennachfolger, da die bayerische FDP kein Überhangmandat innehat. Gerhard Drexler hat seinen Platz im Parlament eingenommen.

#### ■ Viehmärkte

##### Kälbermarkt Landshut

Rund 450 Kälber (männliche und weibliche Zucht- und Nutzkälber) und fünf Fresser werden am Montag, 10. Juni, ab 11 Uhr im Vermarktungszentrum Altheim bei Landshut versteigert. Info: Tel. 0871/966268-0.

## Durchwachsene Lage an der Grenze

### Sicherheitsgespräch: Crystal und Zusammenarbeit mit Tschechen Themen

**Waidhaus.** (tss/ta) Die Crystal-Speed-Problematik an der Grenze und die Zusammenarbeit mit der tschechischen Polizei waren Themen bei einem Polizeigespräch mit Innenminister Joachim Herrmann in Waidhaus (Landkreis Neustadt/Waldnaab).

Herrmann lobte in diesem Zusammenhang unter anderem das Gemeinsame Zentrum in Schwandorf. Im Fall des Oberpfälzer Metzgermeisters, der vergangene Woche tot bei Česká Kubice nahe Furth im Wald gefunden worden war (wir berichteten), wusste der Innenminister allerdings nicht Bescheid. Hier hatte die Kooperation mit den Behörden im Nachbarland nicht besonders gut funktioniert. Herrmann ließ sich den Fall von Polizeipräsident Rudolf Kraus aus Regensburg kurz schildern, wollte ihn aber nicht weiter kommentieren. Dies müsse mit den Tschechen besprochen werden, meinte er.

In Sachen Crystal Speed sagte Landtagsabgeordnete Petra Dettenhöfer, die den Besuch organisiert hatte, dass die Polizei das Thema „im Griff“ habe. Mit Vertretern von Zoll und Bundespolizei sowie tschechischen Beamten hatte sich Herr-

mann in dem nichtöffentlichen Gespräch über die Entwicklung informiert. Er wolle nicht immer nur die Meldungen im Ministerium erfahren, sondern Details vor Ort besprechen.

#### Höherer Fahndungsdruck und mehr Polizisten

Seit zwei Jahren beschäftige die Droge die Behörden diesseits und jenseits der Grenze. Die aktuellen Zahlen, auf die Herrmann allerdings nicht weiter einging, seien konstant. „Wir müssen aber die Entwicklung über das Jahr genau beobachten.“ Eine intensiviertere Präventionsarbeit und ein „hoher Fahndungsdruck“ hätten Erfolge gezeigt.

Außerdem habe sich nach dem Hofer Dialog zwischen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Jan Kubice, Minister des Innern der Tschechischen Republik, im Februar die Kooperation noch verbessert. „Es gibt ein klares Signal von der politischen Seite in Tschechien, dass eine Zusammenarbeit mit der bayerischen Polizei und dem Zoll erwünscht ist“, sagte Herrmann.

Ein weiteres Thema der Runde war die Personalsituation in der

Oberpfalz. Hier versprach der Minister Polizeipräsident Kraus einen Zuwachs, der sich auch 2014 fortsetzen werde. „Der Oberpfalz werden mehr Kollegen zugewiesen als in Ruhestand gehen.“

#### Schieder: Problem nicht auf Grenzregion beschränkt

Die Schwandorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Marianne Schieder warf unterdessen der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung vor, das Crystal-Problem im Grenzland zu ignorieren. Als „ignorant und auch diskriminierend für die Grenzregion“ bezeichnete sie aktuelle Aussagen der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, wonach „die Verbreitung von Methamphetamin (Crystal) weiterhin überwiegend auf die deutsch-tschechische Grenzregion begrenzt bleibt“. Tatsächlich aber, so Schieder, sei Crystal schon lange auch ein Problem in den Städten. So kämen beispielsweise nur 20 Prozent der aufgegriffenen Drogenschmuggler im Bereich Furth im Wald aus dem Kkreis Cham. Berliner Rauschgift-ermittler berichteten, dass eine Crystal-Meth-Welle auf die Hauptstadt zurolle.